

Handelsdeal: EU-Kommission schlägt offiziell Zollsenkung für USA vor

Die Kommission hat am Donnerstag ihre Gesetzesvorschläge zur Senkung ihrer Zölle für die USA veröffentlicht. Sie setzt damit einen Teil des EU-US-<u>Handelsdeals</u> um. Dieser besagt, dass die USA ihre Zölle für Autos und Autoteile für die EU auf 15 Prozent senkt, sobald die EU einen Vorschlag zur Industriezollsenkung auf den Weg bringt. Da die Zollsenkung nur für die USA gilt und nicht Teil eines Freihandelsabkommens ist, <u>verstößt</u> der Gesetzesvorschlag gegen WTO-Recht.

Die Zollsenkung betrifft Industrie- und Agrargüter. Die EU senkt die Zölle aller Industriegüter auf null sowie die Zölle auf einige Agrargüter. Bei einigen Agrarprodukten streicht die EU den ad-valorem-Zoll, der sich auf den Wert des Produkts berechnet, hält aber an einem Gewichtszoll fest, der sich am Gewicht des Produkts berechnet. Für zwanzig Kategorien von Agrarprodukten wurden zollfreie Importquoten eingeführt, zum Beispiel für Schweinefleisch (25.000 Tonnen) und Nüsse (400.000 Tonnen).

Die Kommission priorisierte im Umsetzungsvorschlag die Schnelligkeit. Sie verzichtete deshalb auf ein Impact Assessment. Die Zollsenkung wird aber budgetäre Folgen haben. Die Kommission geht von gesamteuropäischen Mindereinnahmen aufgrund der Industriezollsenkung von jährlich 4,6 Milliarden Euro aus. Das bedeutet Mindereinnahmen für das EU-Budget von 3,4 Milliarden Euro. Die Reduktion der Agrarzölle hat weniger starke Auswirkungen.

Im Regulierungsvorschlag findet sich auch ein Suspendierungsartikel. Wenn die USA den Marktzugang für EU-Firmen unterminierten oder wenn es "genügend Zeichen" gebe, dass die USA dies planten, kann die Kommission die Industriezollsenkung mit einem Durchführungsrechtsakt aufheben. Ob die <u>Drohung</u> weiterer Zölle gegen Länder mit Digitalregulierungen, die Trump zu Beginn der Woche ausgesprochen hatte, schon ausreicht, um diesen Suspendierungsartikel anzurufen, wollten Kommissionsbeamte am Donnerstag nicht sagen.

Nun geht der Vorschlag an Rat und Parlament. Die Mitgliedstaaten hatten sich bisher verhalten positiv zum Deal geäußert. Im Parlament überwogen die <u>kritischen</u> Stimmen. Ob das Parlament bereit ist, sich dem Handelsdeal durch ein Veto bei der Zollsenkung in den Weg zu stellen, ist bisher unklar. *János Allenbach-Ammann*